

Berlin-Brandenburg - als europäische Region ein Modell für Weltoffenheit, Bürgerbeteiligung und zukunftsfähige Entwicklung

Die Bevölkerung Brandenburgs wird in den kommenden Jahren Träger zweier politischer Prozesse sein, die das Verhältnis zu unseren Nachbarn verändern - die *EU-Osterweiterung* und die Debatte über die geplante *Länderfusion* von Brandenburg und Berlin. Der Beitritt von zunächst 10 neuen Mitgliedstaaten, darunter Polen als unser direkter Nachbar, ist beschlossene Sache und wird im Mai 2004 formell vollzogen. Die Volksabstimmung über die für 2009 vorgesehene Fusion steht hingegen noch aus. Beide Vorgänge sind von historischen Erfahrungen überlagert und mit aktuellen Ängsten wie Hoffnungen verknüpft. Beide Vorgänge verbindet aber auch eine innere Entwicklungsdynamik, die die Menschen in Brandenburg mitzunehmen und die Nachteile aufwiegen kann.

In einem gemeinsamen Bundesland können Berlin und Brandenburg die Möglichkeiten, die die Erweiterung der Europäischen Union bietet, besser nutzen als alleine. Diese Entwicklungsperspektive als europäische Region mit einem vielfältig gegliederten Wirtschafts-, Kultur- und Naturraum öffnet Chancen, die Zentrumsfunktion von Berlin und Potsdam zu stärken und gleichzeitig die negative Entwicklung außerhalb des Ballungsraumes Berlin umzukehren. Berlin und Brandenburg können dies auf sich allein gestellt nicht leisten.

In dieser neuen europäischen Region rücken bisherige Ränder ins Zentrum. Brandenburg und Berlin als Teil *einer* Region in der Mitte Europas sind auch ein Angebot, eine neue, eine europäische Identität aufzubauen. Träger dieses Mentalitätswandels ist vor allem die Jugend. Sie kann sich in der kulturellen und ethnischen Vielfalt einer offenen und demokratischen Gesellschaft neu orientieren und wird mit dafür Sorge tragen, dass kleinkariertes, nationalistisches und fremdenfeindliches Denken hier keine Zukunft mehr hat.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Länderfusion für Brandenburg und Berlin ein *politisches Projekt von zentraler Bedeutung* für die Zukunft beider Länder. Ein Projekt, das sich in das Zusammenwachsen Europas einfügt und Wege aufzeigt, die aus Stagnation und Rückschritt herausführen. Wenn das Projekt gelingen soll, muss es von den Menschen in den beiden Ländern getragen werden. Sie müssen überzeugt sein, dass sie gemeinsam mehr gewinnen als einzeln verlieren, vor allem, dass sie selbst mitverantwortlich dafür sind, wie dieses Projekt in seiner praktischen Umsetzung gestaltet wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen breiten Dialog um die Vor- und Nachteile vor der geplanten Volksabstimmung. Folgende 8 Punkte sind unsere Vorstellung für eine Fusion. Sie sind unsere Grundlage für die weitere Debatte.

1. Wir sehen in der Fusion Berlins und Brandenburgs zu einer europäischen Region einen wesentlichen Schritt voran in der politischen Umsetzung der Integration West- und Osteuropas. Die Erweiterung der EU um die osteuropäischen Länder öffnet für Brandenburg und Berlin Entwicklungsperspektiven, die gemeinsam genutzt werden sollten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass *schon vor der geplanten Volksabstimmung die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern von Brandenburg und Berlin kooperativ vorangetrieben* wird. Erste Schritte dazu sind das Regionalforum 'Berlin-Brandenburg-Westpolen' und der Ausbau grenzüberschreitender Aktivitäten in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Naturschutz und Verkehr, wie sie in der 'Frankfurter Erklärung' der Landesverbände Brandenburg und Berlin vom 27. September 2003 vorgeschlagen werden.

2. Als europäische Region stellt sich das neue Bundesland bewusst in die Tradition eines der Zentren europäischer Aufklärung: *Weltoffenheit, Toleranz und zukunftsorientiertes Denken* sind Leitlinien gesellschaftlichen Lebens auch im 21. Jahrhundert. Brandenburg ist als Einwanderungsland entstanden und nahm in seiner Geschichte immer wieder religiöse und ethnische Minderheiten auf. Berlin ist erst durch Zuwanderung zur europäischen Metropole geworden. Diese Traditionen der kulturellen Offenheit, Aufnahmebereitschaft und Weitsicht müssen den geistigen Horizont des neuen Bundeslands prägen.

3. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN fordern, dass in einer gemeinsamen Verfassung des neuen Bundeslandes die Elemente direkter Demokratie, wie sie die Brandenburger Verfassung enthält, zu einem richtungsweisenden Modell der Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen ausgebaut werden. Dazu soll *im Jahre 2005 eine gemeinsame Landesverfassung erarbeitet* werden, über die zusammen mit dem Fusionsvertrag anlässlich der Bundestagswahl 2006 in einer Volksabstimmung entschieden wird. Im Jahre 2009 wird bei einem Votum der Bürgerinnen und Bürger für eine Fusion der beiden Bundesländer das gemeinsame Landesparlament gewählt.

4. *Subsidiarität, Transparenz und Bürgernähe* werden zur Leitlinie reformierter Verwaltungsstrukturen. Was nicht zwingend zentral geregelt werden muss, wird dezentral entschieden. Kommunale Nahversorgung muss gerade dort gewährleistet sein, wo vor allem durch die Gemeindegebietsreform ein zunehmender Verlust unmittelbarer Teilhabe an Entscheidungsprozessen eingetreten ist, der bei vielen ein Gefühl der Machtlosigkeit und des Abgehängtseins erzeugt.

5. Die Fusion der beiden Bundesländer zu einer *grünen Metropolregion* muss mit Konzepten verbunden werden, die die Entwicklungsdynamik des metropolitanen Zentrums insb. in den Bereichen Dienstleistungen sowie Wissenschaft, Forschung und Entwicklung fördern und für die Entwicklung strukturschwacher Räume der neuen Region nutzbar machen. Landes- und Regionalplanung, Naturschutz, Infrastruktur- und Verkehrsplanung, Städtebau und Wirtschaftskreisläufe müssen so gestaltet werden, dass die *bisherige Hierarchie von Zentrum, engerem Verflechtungsraum und äußerem Entwicklungsraum ab- und umgebaut* wird. Die unterschiedlichen Regionen Brandenburgs mit ihren spezifischen Stärken sind so zu entwickeln, dass sie eine eigenständige Entwicklung voran treiben können, die auf die unterschiedlichen Anforderungen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner (Beruf, Mobilität, Lebensalter, familiäre Situation, persönliche Vorlieben) Rücksicht nimmt und dazu beiträgt, dass die durch Mangel und fehlende Zukunftsperspektiven motivierte Abwanderung gestoppt wird.

6. Bei der Zuweisung von Landesmitteln für die Teilregionen muss ein ausgewogenes Verhältnis von *Verteilungsgerechtigkeit und Nutzen* sichergestellt werden. Urbane, stadtnahe und ländliche Räume müssen finanziell so ausgestattet sein, dass sie ihre spezifischen Funktionen dauerhaft erfüllen können. Wir sind der Überzeugung, dass nur ein fusioniertes Land in der Lage ist, die insbesondere für die ländliche Region notwendige Zusammenarbeit zu organisieren. Erst wenn die unsinnige Konkurrenz zwischen dem Umland und der Stadt Berlin der Vergangenheit angehört, werden die für die bisherigen Randregionen Brandenburgs dringend benötigten Mittel frei. Um zur Stabilisierung der Randregionen beizutragen, sollten Verwaltungsfunktionen dezentral in Ober- und Mittelzentren angesiedelt werden.

7. Die Fusion ist mit einer Neuausrichtung der öffentlichen Ausgaben verknüpft, die vor allem die Entwicklungspotentiale der neugeschaffenen Region nachhaltig stützt und durch Konsolidierung der Haushalte notwendige politische Handlungsmöglichkeiten sichert. Um diesen Prozess zu ermöglichen, muss Berlin bis 2009 teilschuldet sein. Das Stadtstaatenprivileg ist für einen Übergangszeitraum von mindestens 15 Jahren zu sichern oder es hat ein entsprechender finanzieller Ausgleich für die Funktion Berlins als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland zu erfolgen.

8. Das gemeinsame Land soll *Brandenburg* heißen. Landeshauptstadt, Regierungs- und Parlamentssitz ist Potsdam.

Auf Grundlage dieser 8 Punkte wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Debatte um die Länderfusion führen und laden alle Brandenburgerinnen und Brandenburger ein, diesen Weg mitzugehen. Wir wollen, dass die Entscheidung für oder gegen ein Zusammengehen der beiden Bundesländer mit klarem Bewusstsein über die Möglichkeiten und Risiken dieses Vorhabens getroffen wird. Die Länderfusion wird als Zukunftsprojekt nur dann erfolgreich sein, wenn sie von der Mehrheit der Bevölkerung in Brandenburg und Berlin mit Überzeugung getragen wird. Wir als Brandenburger Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben uns entschieden, für die Länderfusion zu werben.